

### **Die wichtigsten Inhalte**

Nachdem vor 3 Jahren eine Neufassung des Islamgesetzes im „Dialogforum Islam“ angeregt wurde, wurde in enger Kooperation mit den beiden islamischen Religionsgesellschaften eine Überarbeitung vorgenommen.

Ziel ist es, dass es kein Widerspruch sein soll, sich zugleich als gläubige Muslimin bzw. gläubiger Muslim und stolze Österreicherin bzw. stolzer Österreicher zu fühlen. In dieser Neufassung werden Rechte und Pflichten für die islamischen Religionsgesellschaften definiert – ebenso wie für alle anderen 14 (insg. somit 16) Religionsgesellschaften in Österreich.

### **Die Eckpunkte des Islamgesetzes 2014**

#### **1.) Anzeige- und Meldepflicht bezugnehmend auf alle Ereignisse, die dieses Bundesgesetz betreffen**

Die Religionsgesellschaft muss das Kultusamt über die wichtigsten Vorgänge informieren (Neuwahlen, Änderung der Satzungen, Abweichung der Lehre).

#### **2.) Namensrecht und Schutz der religiösen Bezeichnungen der Religionsgesellschaften**

Bezeichnungen (etwa von Vereinen), die einen Bezug zu einer Religionsgesellschaft herstellen, dürfen nur mehr mit Genehmigung der Religionsgesellschaft geführt werden – der Name der Religion kann so vor Missbrauch geschützt werden.

### **3.) Regelung der „Seelsorge“ in staatlichen Einrichtungen (Krankenhäuser, Militär, Justizanstalten)**

Der jeweilige „religiöse Betreuer“ muss über eine akademische Ausbildung sowie eine ausreichende Berufserfahrung verfügen und von einer islamischen Religionsgesellschaft die Erlaubnis (Ermächtigung) erhalten.

### **4.) Vorrang des staatlichen Rechts**

Dies gilt für alle Religionsgesellschaften. Lehre, Einrichtungen und Gebräuche dürfen nicht im Widerspruch zu den gesetzlichen Regelungen stehen. Die Religionsgesellschaft muss eine positive Grundeinstellung gegenüber Gesellschaft und Staat haben. Die Anerkennung kann auch entzogen werden, insbesondere wenn die Religionsgesellschaft keine positive Grundeinstellung (mehr) gegenüber dem Staat und der Gesellschaft hat bzw. die öffentliche Ordnung oder Sicherheit gefährdet würde.

### **5.) Islamisch-theologische Studien**

Der Bund verpflichtet sich eine wissenschaftliche Ausbildung für den geistlichen Nachwuchs sicherzustellen. Somit können Muslime, die den Beruf eines Imams anstreben, ihr theologisches Wissen an der Universität Wien erlangen. Der praktische Teil der Ausbildung erfolgt in Kooperation mit den Religionsgesellschaften.

### **6.) Islamische Friedhöfe**

Das Gesetz schafft Rechtssicherheit für bestehende und künftige islamische Friedhöfe.

### **7.) Schutz der religiösen Feiertage**

Feiertage sind religionsrechtlich (nicht arbeitsrechtlich) zu schützen, sodass gottesdienstliche Veranstaltungen nicht gestört werden, wie dies in Österreich bereits seit 1868 grundsätzlich vorgesehen ist. Während eines Gottesdienstes in der Moschee darf in der Nähe z.B. kein Rock-Konzert erlaubt werden.

## **8.) Regelung zur Untersagung der Finanzierung aus dem Ausland**

Der „laufende Betrieb“ einer Religionsgesellschaft muss aus dem Inland finanziert werden (eine einmalige Zuwendung aus dem Ausland wie etwa eine Erbschaft ist grundsätzlich nicht ausgeschlossen, die Verwaltung dieses Vermögens muss aber im Inland erfolgen). Die Regelung umfasst auch „lebende Subventionen“, d. h. Imame des türkischen Religionsamtes dürfen nicht mehr im Rahmen ihres türkischen Dienstverhältnisses in Österreich tätig sein (Übergangsregelung bis 31.12.2015).

## **9.) Speisevorschriften**

Religionsgesellschaften dürfen Nahrungsmittel nach ihren Glaubensregeln erzeugen lassen (bereits jetzt im Tierschutzgesetz geregelt).

## **10.) Darstellung der Lehre und Glaubensquellen in deutscher Sprache**

Alle neuen Religionsgemeinschaften müssen sich in ihrer Lehre von bestehenden unterscheiden. Um dies prüfen zu können muss von allen Gemeinschaften auch eine Lehre vorliegen. Für eine Eintragung als Bekenntnisgemeinschaft müssen die Religionen eine Darstellung der Lehre und der wesentlichen Glaubensquellen (Koran) in deutscher Sprache vorlegen.